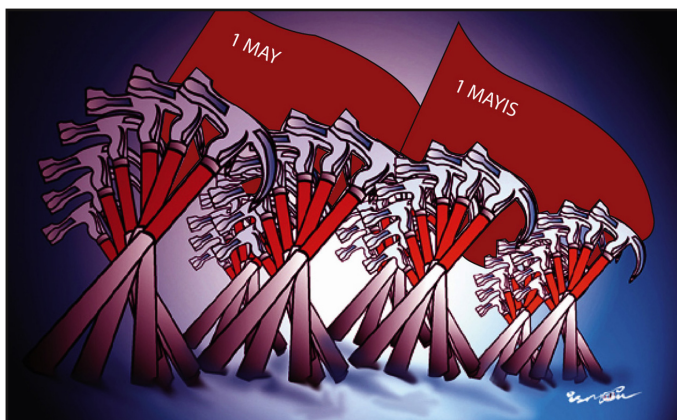




Für eine Arbeiterinternationale unter dem roten Banner der kommunistischen Revolution!

Erklärung des Kollektivs Permanente Revolution zum 1. Mai 2015

In vielen Ländern können die Arbeiterinnen und Arbeiter den 1. Mai 2015, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, nur unter schwierigen Bedingungen oder sogar überhaupt nicht feiern. Überall in der Welt bringt der Fortbestand des Kapitalismus Arbeitslosigkeit, Ausbeutung, Krieg, Faschismus, Unterdrückung, Elend, Umweltzerstörung, Obskurantismus... hervor. Lenins Einschätzung des niedergehenden Kapitalismus: "Der Imperialismus ist die Reaktion auf der ganzen Linie" hat sich bestätigt.



Die kapitalistische Weltkrise von 2007 bis 2009 konnte zeitweilig auf dem Rücken der Weltarbeiterklasse überwunden werden. Auf der einen Seite haben die bürgerlichen Staaten ihre Banken und Großkonzerne durch neue Verschuldung gerettet. Andererseits haben die Unternehmer auf der ganzen Welt, indem sie sich auf die bürgerlichen Nationalstaaten stützen konnten, die Ausbeutung erhöht (Steigerung der Arbeitsintensität und der Arbeitszeit, Lohnstopps oder Lohnkürzungen, Pensionssenkungen, Kürzungen des Arbeitslosengeldes usw.) Der daraus erwachsende "Aufschwung" kam den Reichsten zu Gute: Zum ersten Mal besitzt das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr als 50 % des Gesamtvermögens der



ganzen Menschheit. Dank dieser Atempause konnte die Finanzspekulation prächtig gedeihen. Das weltweite kapitalistische Wachstum bleibt aber wackelig. Zahlreiche europäische Länder haben das Produktionsniveau von 2008 nicht wieder erreicht; die "aufstrebenden Länder" machen eine globale Verlangsamung ihres Wachstums durch (Brasilien stagniert, Russland

weiter auf der nächsten Seite

Komünist devrimin kızıl bayrağı altında bir işçi enternasyonalı için!

**1. MAI-ERKLÄRUNG DES CoREp / STEUERREFORM
/ ERKLÄRUNG DER BUCHENWALDER TROTZKISTEN /
UKRAINE / GRIECHENLAND /ELEKTRONIKSCHROTT /
TTIP UND CETA**

ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

versinkt in der Rezession).

Die imperialistischen Mächte arbeiten in der UNO, dem Internationalen Währungsfonds etc. zusammen, um die Ausbeutung der beherrschten Länder fortzusetzen. Sie können sich auf internationaler Ebene nicht mehr verständigen - daher das Scheitern der letzten WTO-Runde. Sie versuchen, ökonomische Blöcke gegeneinander zu bilden: Freihandelsvertrag gegen die EU,

und Osteuropa. Auf allen Kontinenten werden Nationalismus, religiöser Fundamentalismus und Rassenhass aufgepeitscht. Vor den Küsten Europas ertrinken jedes Jahr zehntausende Flüchtlinge.

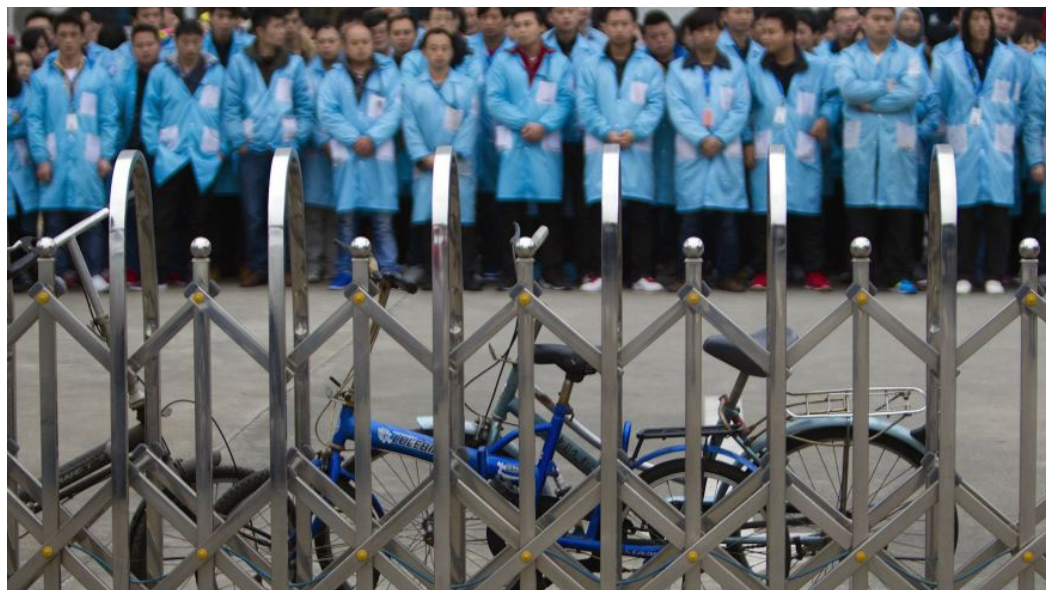
Die imperialistischen Mächte, die man mit Fug und Recht als die größten terroristischen und kriminellen Vereinigungen bezeichnen kann, nutzen den Widerstand gegen ihre Verbrechen in anderen Ländern als Vorwand für

kreis ziehen. Der amerikanische Imperialismus will mit der NATO seinen russischen Rivalen umzingeln und schwächen. Dieser ist zwar schwächer, übt aber an seinen Rändern starken Druck aus und war stark genug, das amerikanische und französische Bombardement des vom blutigen Tyrannen Assad beherrschten Syrien zu verhindern. Die angeblichen "demokratischen" oder "antifaschistischen" Staaten mi-

terstützung (iranische Revolutionswächter und ihre Verbündeten von der libanesischen Hizbollah) halten. Die Rebellion ist in die Hände klerikaler Bewegungen geraten, die von der Türkei und den Monarchien am Golf unterstützt werden, die ihrerseits Verbündete der USA sind. Die westliche imperialistische Intervention unter dem Vorwand des "Antiterrorismus" im Irak (1991 und 2003) und der "Humanität" in Libyen 2011 haben die Wirtschaft geschwächt und die bürgerlichen Staaten zersetzt. Das Ergebnis ist, wie in der Ukraine, die Teilung der Länder und der Bürgerkrieg. Die amerikanischen Zauberlehrlinge haben im Irak die Macht an eine bürgerliche schiitische Clique übergeben, die gewaltsam die Sunniten unterdrückt hat. Irakische Sunniten haben daher häufig ISIS-Daesch als Schutzmacht begrüßt. Die jüngsten imperialistischen Bombardements und der Einsatz schiitischer Milizen stärken nur die Autorität der Djihadisten über die Bevölkerung des "Kalifats" (und die muslimischen Minderheiten in den imperialistischen Zentren).

Die Islamofaschisten zerstören die Arbeiterorganisationen, verteidigen das Privateigentum, unterdrücken die Freiheiten, machen religiöse Minderheiten zu Sündenböcken, verfolgen sie oder rotten sie aus. Wann immer die klerikale Fraktion der Bourgeoisie die Kontrolle über einen Staat an sich reißen kann, kapituliert sie früher (Türkei) oder später (Iran) vor den Großmächten.

Auch in Lateinamerika versuchen die einheimischen Kapitalisten und ihre internationalen Verbündeten in die Offensive zu gehen. In Brasilien profitieren bürgerliche Parteien und faschistische Bewegungen von der Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der Korruption, um



März 2014, China: Streik der IBM-Arbeiter in Shenzhen

Eurasische Wirtschaftsunion gegen die EU, Transpazifischer Vertrag gegen China, TTIP gegen Russland, Asiatische Investitionsbank gegen die USA.

Noch gefährlicher sind die Militärbündnisse, welche die alten Imperialismen und ihre Verbündeten (NATO, Gegenseitiger Beistandspakt zwischen den USA und Japan) und die aufstrebenden russischen und chinesischen Imperialismen (Vertrag von Minsk, Organisation des Vertrags von Shanghai) gegeneinander errichtet haben. Der Militarismus gefährdet die Menschheit. 2014 sind die Militärausgaben weltweit auf 1.800 Milliarden US-Dollar angestiegen. Im Pazifik nehmen die Spannungen zwischen den USA, China, Japan und Südkorea zu. Stellvertreterkriege toben in Westasien

neue militärische Interventionen, die Verfolgung eingewandelter Arbeiter, zur Diskriminierung von Moslems, zur Einschränkung demokratischer Freiheiten und um die eigene Bevölkerung möglichst lückenlos zu bespitzeln und zu überwachen.

In der Ukraine lasten die Widersprüche zwischen den Imperialisten mit unerhörtem Zynismus und Brutalität auf dem Rücken der Arbeiter und der nationalen Minderheiten. Die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR hat zur Bildung pseudounabhängiger Staaten geführt, die nur Schachfiguren in den Händen der westlichen imperialistischen Mächte und der neuen russischen und chinesischen Imperialisten sind. Die europäischen Imperialisten wollen durch das Gewicht der EU diese Staaten in ihren Um-

schen sich in die Angelegenheiten der Ukraine ein und schließen die Augen vor der Anwesenheit von Faschisten in den Truppen auf beiden Seiten der Front.

Die Haltung der imperialistischen Mächte zu Beginn der Revolutionen 2011 in Nordafrika und Westasien zeigen, dass das ganze Gerede von Demokratie und Menschenrechten reiner Hohn ist. Die USA unterstützen nach wie vor Israel, das neuerlich in Gaza die Palästinenser massenhaft abgeschlachtet hat. In Ägypten finanziert Obama nach wie vor die Militärjunta des Generals Al Sisi, der Islamisten und Zentristen gleichermaßen unterdrückt. Das syrische Baath-Regime konnte sich nur durch den Krieg gegen die eigene Bevölkerung (inklusive Einsatz chemischer Waffen) und ausländische Un-



1. Mai 2014 (von links nach rechts): Athen, Istanbul, Hongkong, Madidon (Wisconsin)

das Kleinbürgertum gegen die Volksfrontregierung der diskreditierten PT zu mobilisieren; US-Mineralölkonzerne erwarten Chancen bei einer möglichen Privatisierung des staatlichen Ölkonzerns Petrobras. Auch in Venezuela gibt es eine steigende Welle von Protesten gegen die bürgerlich-nationalistische Regierung Maduro, die unfähig ist, revolutionäre Maßnahmen zu ergreifen, obwohl sie massiv unter dem Einbruch der Erdölrente leidet. Die proimperialistische Fraktion der Bourgeoisie setzt darauf, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, denen ein "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" versprochen wurde, frustriert über das Ausbleiben wirklicher Reformen bei einem Frontalangriff auf die Regierung passiv bleiben würden.

Wo die Arbeiterbewegung Widerstand leistet, entwaffnen die bürgerlichen Arbeiterparteien mit Unterstützung der Zentristen die Arbeiter und die Jugend,

bereiten neue Niederlagen vor, indem sie "ihrer" kapitalistischen Klasse dienen. Ein Beispiel sehen wir in Griechenland, wo SYRIZA, eine Partei, die aus der Fusion eines Flügels des Stalinismus mit Pseudo-Trotzkisten mit der ANEL, einer klerikalen, einwandererfeindlichen bürgerlichen Partei, eine Volksfrontregierung gebildet hat, um den bürgerlichen Staat zu retten und durch die Arbeiter die Schulden der griechischen Bourgeoisie zurückzahlen zu lassen. Die Sozialdemokraten und Stalinisten der USA (und der ganzen Welt) haben die beiden aufeinander folgenden Kandidaturen der Demokratischen Partei unterstützt. Obama hat Guantanamo nicht geschlossen, er war unfähig, eine flächendeckende Gesundheitsversorgung zu schaffen, er hat Flugzeugträger in den Irak und nach Syrien geschickt, die Ermordung von Schwarzen durch die Polizei gedeckt ...

Für die Arbeiterklassen aller Länder und Kontinente wird es immer dringlicher, aktiv der Brutalität und Aggressivität des niedergehenden Kapitalismus Widerstand entgegenzusetzen, dabei aber einen anderen Weg zu gehen - den des Sozialismus. Eine neue Arbeiterinternationale ist unverzichtbar, um die Weltrevolution zu führen. Um sie aufzubauen, um in jedem einzelnen Land eine revolutionäre und internationalistische kommunistische Partei aufzubauen, muss sich die Vorhut umgruppieren und einen entschlossenen Kampf gegen die "reformistischen" Bürokratien aller Art und die zentristischen Kräfte, die von einem friedlichen Übergang zum "Sozialismus" in ferner Zukunft oder einer "Humanisierung des Kapitalismus" träumen, zu führen .

Der Aufbau dieser neuen revolutionären Führungen kann nur unter dem roten Banner der permanenten Revolution erfolgen - der sozia-

listischen Revolution, die im Rahmen ihres Vorwärtsschreitens all jene Aufgaben erfüllt, deren Lösung durch die imperialistische und reaktionäre Bourgeoisie unmöglich ist (die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die Beseitigung der Spaltung der Arbeiterklasse nach religiösen, ethnischen oder sexuellen Kriterien; die Beseitigung des Großgrundbesitzes; die völlige Trennung von Religionen und Staat). Das alles sind wesentliche Bestandteile einer Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Obskurantismus, der "freien Assoziation der Produzenten".

1. Mai 2015

Kollektiv Permanente Revolution
(Frankreich, Peru, Österreich)

Bewegung zum Sozialismus (Russland)



Das Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)

www.revolucionpermanente.com



Frankreich:
GRUPE MARXISTE INTERNATIONALISTE
<http://groupemarxiste.info>

Peru:
REVOLUCION PERMANENTE (PERU)

<http://luchamarxista.blogspot.fr/>



Komünist devrimin kır işçi enternas

Birçok ülkede emekçiler işçi sınıfının uluslararası mücadele günü olan 1 Mayıs 2015'i güç şartlarda kutlayabilecekler, ya da hiç kutlayamayacaklardır. Dünyanın her köşesinde kapitalizmin devamı işsizliğe, sömürüye, savaflara, faşizme, dayatmalara, sefalete, çevrenin yıkımına ve gericiğe yol açmaktadır. Lenin'in düşüş evresindeki kapitalizm hakkında "emperyalizm her konuda gericiliktir" değerlendirmesi teyit edilmiş olmaktadır.

2007 ilâ 2009 yılları arasındaki kapitalizmin küresel krizi, işçi sınıfına dayatmalarla geçici olarak aşılmıştır. İlk olarak burjuva devletler bankalarını ve sanayi gruplarını borçlanarak kurtarmışlardır. İkinci olarak ise bütün dünyada patronlar, millî burjuva devletlerine dayanarak sömürüyü arttırmışlardır (iş yoğunluğunun ve süresinin artması, maaşların blokajı, işsizlik sigortalarının ve emekli maaşlarının düşüşü, vs.). Bunların sonucu olan ekonomik düzelmeye en zenginlerin işine gelmiştir: bir ilk olarak dünyanın en zengin %1'i küresel varlığın yarısından fazlasını eline geçirmiştir. Bu geçici "çözümler" sayesinde spekülasyon daha da artarak devam etmektedir. Küresel kapitalist büyüme en iyi durumda zayıftır: birçok Avrupa ülkesi 2008 senesindeki üretim seviyelerine hâlâ erişememiştir; "gelişmekte olan ülkelerin" büyümelerinde ise yavaşlama söz konusudur (Brezilya durgunlukta, Rusya ise resesyona saptanmıştır).

Emperyalist güçler, IMF ve Birleşmiş Milletler çerçevesinde ezilen ülkeleri sömürmeye devam etmek için işbirliği içindedirler. Küresel çapta birbirleriyle hemfikir kalamadıklarından Dünya

Ticaret Teşkilatındaki son müzakereler başarısızlığa uğramıştır. Birbirleriyle rekabet içinde değişik ekonomik bloklar ortaya çıkarmaya çalışmaktadırlar: Avrupa Birliğine karşı Kuzey Amerika Serbest Ticaret Anlaşması, Avrupa Birliğine karşı Avrasya Ekonomik Birliği, Çin'e karşı Pasifik aşırı ortaklık Anlaşması, Rusya'ya karşı Transatlantik Ticaret ve Yatırım Anlaşması, ABD'ye karşı Asya Yatırım Bankası...

Daha da tehlikeli olarak, askeri ittifaklar eski emperyalizmler ve onların müttefikleri (NATO, ABD ve Japonya arasındaki ortak işbirliği ve güvenlik anlaşması) ile yeni yükselen Çin ve Rusya emperyalizmleri ve onların çevresini (Şanghay işbirliği organizasyonu, Kolektif Güvenlik Antlaşması Teşkilatı) karşı karşıya getirmektedir. Militarizm inanlığı tehdit etmektedir: 2014 senesinde askeri harcamalar 1800 milyar dolara erişmiştir. Pasifik okyanusunda ABD, Çin, Japonya ve Güney Kore arasında gerilim yükselmektedir. Maşalar aracılığı ile savaşlar Batı Asya ve Doğu Avrupa'da başlamıştır bile. Tüm kıtalarda milliyetçilik, dinci gericilik ve ırkçı nefret artmaktadır. Avrupa açıklarında on binlerce mülteci her sene boğulmaktadır.

Emperyalist güçler en büyük terörizm ve suç örgütleridir. Başka ülkelerde işledikleri suçlara karşı direnci yeni askeri müdahalelerde bulunmak için, göçmen emekçilere karşı baskı yapmak için, Müslümanlara ayrımcılık yapmak için, özgürlükleri kısıtlamak ve halkalarını devamlı gözetlemek için mazeret olarak göstermektedirler.

Ukrayna'da emperyalizmler

arası çelişkiler millî azınlıklara ve emekçilere büyük bir şiddet ve kinizm ile yüklenmiştir. SSCB'de kapitalizmin tekrar kurulması, Batılı ya da yeni Rus ve Çin emperyalizmlerinin elinde sadece bir piyon olan sözde bağımsız devletlerin oluşmasına yol açmıştır. Avrupalı emperyalistler bu ülkeleri Avrupa Birliği aracılığı ile kendi yörelerine çekmek istemektedirler. Amerikan emperyalizmi NATO ile Rus rakibini abluka altında tutmak ve zayıflatmak istemektedir. Bu Rus emperyalizmi daha zayıftır, ancak kendi çevresine yoğun bir baskı uygulayabilmektedir ve eli kanlı tiran Esad'ın kontrol ettiği Suriye'nin Amerika ve Fransa tarafından bombalanmasına engel olabilmştir.

Emperyalist güçlerin 2011 yılında Kuzey Afrika ve Batı Asya'daki devrim başlangıçlarına karşı aldıkları tavır, demokrasi ve insan hakları hakkındaki konuşmalarının bir gülmececi ibaret olduğunu göstermektedir. Amerika Birleşik Devletleri, Gazze'de Filistinleri bir kez daha katleden İsrail'e yardımını sürdürmektedir. Mısır'da ise Obama İslamcılara ve "devrimcilere" baskı uygulayan general El Sisi'nin cuntasını finanse etmektedir. Suriye'de Baas rejimi sadece halka karşı savaş (ki buna kimyevi savaş da dahildir) ve yabancı yardım sayesinde kurtulmuştur (İran'dan gönderilmiş devrim muhafızları ile Lübnan'daki müttefikleri Hizbullah'ın yardımı). İsyân, kendileri de Amerikanın müttefikleri olan Türkiye'nin ve Körfez hanedanlarının desteğini almış dinci hareketlerin eline geçmiştir. Irak'a terörizm karşıtı mazeret (1991, 2003) ve Libya'ya insani yardım mazereti (2011) ile yapılan Batılı emperyalist askerî müdahaleler, eko-

nomiyi zayıflatmış ve burjuva devleti çökertmiştir. Bunun neticesi ülkenin bölünmesi ve iç savaştır. Irak'ta Amerikalılar iktidarı Şii burjuva bir kliğe bırakmış ve bu hükümet Sünnileri şiddetle bastırmıştır. Bunun sonucu olarak Iraklı Sünnilerin hatırı sayılır bir kısmı IŞİD-İD'yi bir koruma olarak görmüştür. Yakın geçmişteki Batılı emperyalistlerin bombardımanları ve Şii milislerin kötü davranışları ci-hatçıların "hilâfet" halkının (ve emperyalist merkezlerdeki Müslüman azınlıkların) üzerindeki otoritesinin güçlenmesine neden olmaktadır.

İslamcı faşistler işçi teşkilatlarını yok etmekte, özel mülkiyeti savunmakta, hürriyetleri kaldırmakta, dinî azınlıkları her şeyin suçlusunu göstermekte, onlara baskı uygulamakta hâttâ onları yok etmektedirler. Burjuvazinin dinci bir bölümü bir devleti eline geçirdiğinde, büyük güçlere ya hemen (Türkiye), ya da belli bir süre sonra (İran) boyun eğmektedir.

Latin Amerika'da da yerel kapitalistler ve onların uluslararası müttefikleri atağa kalkmışlardır. Brezilya'da burjuva partiler ve faşist gruplar yolsuzluğu ve hayat pahalılığını fırsat bilip küçük burjuvaziyi inandırıcılığı kalmamış PT tarafından oluşturulmuş halk cephesine karşı ayaklanmaya çağırılmaktadırlar; Amerikalı petrol şirketleri kamu malı olan Petrobras petrol şirketinin olası özelleştirilmesinden yararlanmaya hazırlanmaktadır. Venezuela'da petrol rantının düşüşüyle karşı karşıya kalan ve gerekli devrimci tedbirleri almadığı güçsüz kalan milliyetçi burjuva Maduro hükümetine karşı gittikçe büyüyen gösteriler olmaktadır. Burjuvazinin empe-

Kızıl bayrağı altında bir sosyalizmi için!

ryalizme destek olan kısımları, "21. asrın sosyalizminden" hayal kırıklığına uğramış emekçilerin hükümete karşı bir saldırıda sessiz kalacaklarını ummaktadır.

İşçi hareketinin devam ettiği yerlerde, sendika bürokrasileri ve işçi burjuva partiler, merkezçilerin yardımıyla emekçilerin ve gençlerin elini silahsızlaştırıyor ve bozgunları hazırlıyor, böylece de kapitalist sınıflarına hizmette bulunuyorlar. Buna yakın geçmişteki bir örnek Yunanistan'dır: Stalinci bir kanat ile sözde troçkistlerin birleşmesiyle oluşmuş Syriza, dinci, burjuva ve göçmen karşıtı olan ANEL ile burjuva devleti korumak için ve

Yunan burjuvazisinin borçlarını emekçilere ödetmek için bir halk cephesi hükümeti kurmuştur. Amerika'daki (ve tüm dünyadaki) sosyal demokratlar ve stalinciler Demokrat Partinin adaylığını desteklemiş idiler. Obama Guantanamo'yu kapatmamıştır, gerçek bir tıbbi sosyal sigorta kuramamıştır, uçak gemilerini Iraklı ve Suriye'yi bombalamaya göndermiştir, polislin siyahileri öldürmesine göz yummaktadır...

Tüm ülkelerdeki ve kıtalardaki işçi sınıfı için düşüşteki kapitalizmin gittikçe daha da şiddetlenen saldırılarına direnmek ve dahası sosyalizmin yolunu açmak acil özelliğini korumaktadır. Küresel

devrimin sonuca ulaşabilmesi için yeni bir işçi enternasyonalisi olmazsa olmazdır gerekliliğindedir. Bunu kurmak için, her devlette devrimci enternasyonalist bir komünist parti kurmak için, öncü kısmın çok uzak bir gelecekte "sosyalizme" barışçıl geçişin ya da kapitalizmi "insanileştirmenin" hayalini kuran "reformcu" bürokrasilere karşı kararlı bir mücadele vermesi gerekmektedir.

Yeni devrimci yönetimin kurulması sadece sürekli devrimin yani gerici ve emperyalist burjuvazinin çözüm bulamadığı bütün sorunları çözecek (halkların kendi geleceklerini belirlemesi, işçi sınıfının dinî, etnik, ya da cin-

siyete dayalı kriterlerle bölünmesinin son bulması, devletle dinin tam olarak ayrılması vs.) bir sosyalist devrimin kızıl bayrağının altında yapılabilir. Bunlar sömürü, baskı ve gericiliğin bulunmadığı bir dünya için, "üretenlerin özgürce örgütlenmeleri" için çok önemli unsurlardır.

Sürekli devrim kolektifi (Avusturya, Fransa, Peru)

Bewegung zum Sozialismus (Russland)

Rosa Luxemburg: 1 Mayıs'ın Kökenleri Nedir?

Bir proleter bayram gününü, sekiz saatlik iş gününü elde etme aracı olarak kullanma düşüncesi ilk kez Avustralya'da doğdu. Avustralyalı işçiler, 1856'da, sekiz saatlik işgünü lehinde gösteriler yaparak, toplantılar ve eğlenceler düzenleyerek, hep birlikte bir günlük iş bırakmaya karar verdiler. Bu kutlamanın yapılacağı gün olarak da 21 Nisan tarihi saptandı. Avustralyalı işçiler bu kararı, yalnızca 1856'da uygulamaya niyetlenmişlerdi. Ama bu ilk kutlamanın Avustralyalı proleter kitleler üzerinde çok büyük etkisi oldu, onları canlandırıp yeni bir heyecana yol açtı ve bu kutlamanın her yıl tekrarlanmasına karar verildi.

Gerçekten işçilere, kendi kendilerine kararlaştırdıkları bir anda, kitle halinde işi bırakmaktan daha fazla cesaret ve kendi gücüne güven duygusunu ne verebilirdi? Fabrikaların ve atölyelerin ebedi kölelerine, kendi öz birliklerini toplamaktan daha fazla ne cesaret verebilirdi? Böylece, proleter bir kutlama günü düşüncesi hızla benimsendi ve Avustralya'dan diğer ülkelere yayılmaya başladı, ta ki sonunda tüm proleter dünyayı fethedene dek.

Avustralyalı işçilerin örneğini ilk izleyen Amerikalılar oldu. 1886'da 1 Mayıs'ın evrensel bir iş bırakma günü olmasına karar verdiler, 1 Mayıs'ta 200 bin Amerikalı işçi iş bıraktı ve 8 saatlik işgünü talebinde bulundu. Daha sonra uygulanan polisiye ve yasal baskılarla, işçilerin bu ölçekte bir gösteriyi tekrarlaması birkaç yıl engellendi. Yine de 1888'de bu yolda yeniden karar aldılar ve gelecek gösterinin 1 Mayıs 1890'da olmasını kararlaştırdılar.

Bu sırada Avrupa'daki işçi hareketi de güçlendi ve canlandı. Bu hareketin en güçlü ifadesi, 1889'da toplanan Uluslararası İşçiler Kongresi oldu. 400 delegenin katıldığı bu Kongrede, sekiz saatlik işgünü talebinin en başta yer alması gerektiği yolunda karar alındı. Bunun üzerine Fransız sendikalarının temsilcisi, Bordeaux'lu işçi Lavigne, bu talebin tüm ülkelerde evrensel bir iş bırakma ile dile getirilmesini teklif etti. Amerikan işçilerinin temsilcisi, yoldaşlarının 1 Mayıs 1890'da grev yapılması yolunda aldığı karara dikkat çekti ve Kongre bu tarihte uluslararası bir proletarya gününün kutlanmasına karar verdi.

Otuz yıl önce Avustralyalı işçiler, aslında

yalnızca bir günlük kutlama düşünmüşlerdi. Kongre, tüm ülkelerin işçilerinin, 1 Mayıs 1890'da sekiz saatlik işgünü için, hep birlikte gösteriler yapmasını kararlaştırdı. Kimse bu kutlamanın daha sonraki yıllarda da tekrarlanmasından söz etmedi. Doğal olarak, kimse, bu düşüncenin bir şimşegin çakışı gibi başarı kazanacağını ve işçi sınıfı tarafından kısa zamanda benimseneceğini önceden göremezdi. Bununla birlikte, 1 Mayıs'ın her yıl kutlanacak sürekli bir kurum haline getirilmesinin gerekliliğini herkesin kavraması ve hissetmesi için, 1 Mayıs'ın yalnızca bir kez kutlanması yeterli oldu.

İlk 1 Mayıs'ta sekiz saatlik işgününün uygulanması talep edildi. Ama bu hedefe ulaşıldıktan sonra da, 1 Mayıs'ın kutlanmasına son verilmedi. İşçilerin burjuvazi ve egemen sınıf karşısındaki mücadelesi devam ettiği sürece, ve tüm talepleri karşılanmadığı sürece, 1 Mayıs, işçi sınıfının bu taleplerinin her yıl dile getirildiği gün olacaktır. Ve daha iyi günler doğduğunda, dünya işçi sınıfı kurtulduğunda, büyük bir olasılıkla insanlık o zaman da 1 Mayıs'ı, geçmişte verilen zorlu mücadelelerin ve çekilen acıların anısına yine kutlayacaktır.

Mogelpackung Steuerreform 2016

Alle 4-7 Jahre wieder: Die kalte Progression hat zugeschlagen, die Kaufkraft ist gesunken, die Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung wächst, deren Umfragewerte sinken. Dann kommt der Kraftakt: Monatlang brüten die politischen Eliten des Landes über der Steuerreform bis endlich wieder verkündet werden kann: Die größte Steuerreform aller Zeiten ist da!

Nimmt man die absoluten Zahlen ohne Berücksichtigung der Inflation als Messlatte, so ist sie dies auch zweifellos. Doch die Steuerreform meint es nicht mit allen gleich gut, wie uns das Beispiel einer Pensionistin mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von EUR 1.000 zeigen soll. Durch die Steuerreform profitiert sie mit EUR 110 Negativsteuer, welche sie sich über die Arbeitnehmerveranlagung im Folgejahr ho-

len kann. EUR 110 wären ein willkommenes Geschenk. Doch halt: keine Steuerreform ohne Gegenfinanzierung! Die Versorgung des Stubentigers verschlingt plötzlich monatlich EUR 61,64 statt EUR 60 – die Umsatzsteuer für Tiernahrung ist von 10 auf 13 % gestiegen! Weihnachts- und Urlaubsgeld werden größtenteils für den jährlichen Österreichurlaub sowie für Kulturausgaben verwendet. Statt bisher EUR 1.800 sind durch die von 10 auf 13 % gestiegene Umsatzsteuer EUR 1.849,08 da-

für fällig. Zusammen mit den Mehrausgaben für Tierfutter ergibt das eine höhere Umsatzsteuerbelastung von EUR 68,76. Somit bleiben unserer Pensionistin von der größten Steuerreform aller Zeiten jährlich EUR 41,24 bzw. monatlich EUR 3,44. Es darf also bezweifelt werden, dass die DurchschnittspensionistInnen wesentlich zur Steigerung des Inlandskonsums werden beitragen können.

Statt der vom ÖGB geforderten 5,9 Mrd. EUR beträgt das Volumen der Steuerreform nur 4,9 Mrd. EUR. Der springende Punkt jeder Steuerreform ist die Gegenfinanzierung. Es wird damit gerechnet, dass die Lohnsteuerersparnis zu 100 % im Inland verkonsumiert wird. Das soll mehr als 800 Mio. EUR bzw. 17 % der Gegenfinanzierung bringen. Es liegt auf der Hand, dass diese Annahme sehr unrealistisch ist, denn sie würde bedeuten, dass davon nichts gespart

oder im Ausland investiert wird.

Neben der Umsatzsteuererhöhung von 10 auf 13 % für Beherbergung, Filmvorführungen und kulturelle Veranstaltungen trifft auch die Abschaffung der Absetzbarkeit von Sonderausgaben für Wohnraumschaffung- und Sanierung die ArbeiterInnenklasse. Die jährliche Steuerersparnis dadurch betrug bis zu EUR 307. Zusammen mit anderen fiskalpolitischen Maßnahmen wie der veränderten Abschreibung gewerblicher Immobilien und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Einkommen ab 1 Mio. EUR auf 55 % soll das etwa 1 Mrd. EUR bringen.

Der neue Spitzensteuersatz betrifft ca. 400 Personen und soll ca. 50 Mio. EUR (ca. 1 % des gesamten Gegenfinanzierungsvolumens) in den Staatssäckel befördern.

Die größten Einnahmen sollen aus der Steuerbetrugsbekämpfung kommen. Im Zentrum der Diskussion stehen Registrierkassenpflicht und Einsicht der Finanz in die Bankkonten. Bis auf die Sprecher der Bundesregierung kann sich kaum jemand vorstellen, dass dadurch jährlich 1,9 Mrd. EUR in die Staatskassen fließen sollen. Effektive Steuerbetrugsbekämpfung erfordert Personal, um Schwarzgeld aufstöbern zu können. Angeblich soll ja sogar die Nachbarschaftshilfe beim Hausbau unterbunden werden.

Einer Personalaufstockung im Finanzministerium widerspricht die geplante Einspa-



rung im Rahmen der Verwaltungsreform. Das kann nur bedeuten: Weniger Arbeitsplätze, niedrigere Gehälter und höherer Arbeitsdruck im öffentlichen Dienst in Verbindung mit reduzierten Leistungen. Was das bedeutet, haben wir bei den ÖBB (Einstellung von „Nebenbahnen“) und der Post (Schließung von Postämtern) bereits gesehen. Die Verwaltungsreform ist noch in keiner Weise konkretisiert. Es ist zu befürchten, dass diese auch sensible Bereiche wie Gesundheitsleistungen betreffen wird und die Verwaltungsreform dazu benutzt wird, im Sozialbereich massiv einzusparen. Die Länder sind bereits angewiesen worden, die Kriterien für die Zuerkennung der Mindestsicherung streng anzuwenden.

FAZIT:

Die Steuerreform 2016 ist eine rosaschwarze Mogelpackung und somit ein Propagandagag der Regierungsparteien. In ihrem Mittelpunkt steht die Reform der Lohnsteuer, die lediglich die „kalte Progression“ seit der letzten Lohnsteuerreform 2009 ausgleicht. Gleichzeitig wurde das mehr als 30 Jahre alte Tabu, die Umsatzsteuer nicht zu erhöhen gebrochen. Die SPÖ hat ihre traditionelle Politik des günstigen bzw. kostenlosen Zugangs zu Bildung und Kultur mit der Umsatzsteuererhöhung von 10 auf 13 % für Eintritte für Kultureinrichtungen- und Veranstaltungen beendet. Eine schrittweise weitere Erhöhung der unsozialen Massensteuer Umsatzsteuer ist zu befürchten. Der Deckmantel der Verwaltungsreform wird als Vorwand für schlechtere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und sozialen Kahlschlag sowie Privatisierungen und Ausgliederungen verwendet werden.

Vor allem im Bereich Steuerbetrugsbekämpfung wird der Plan der Gegenfinanzierung nicht aufgehen. Wir dürfen gespannt sein, ob

RaucherInnen (Tabaksteuer), AutofahrerInnen (Mineralölsteuer) oder einfach alle Lohnabhängigen in Form einer Umsatzsteuererhöhung als Budgetlückenbüsser erhalten müssen. Eine Bevölkerungsgruppe dürfte mit der Steuerreform 2016 jedenfalls nachhaltig zufrieden sein: die Kapitalisten. Denn wie ihr Sprachrohr Industriellenvereinigungspräsident Georg Kapsch am 13.3.2015 kurz vor der Bekanntgabe der Regierungseinigung über die Steuerreform jubelnd verkündete: „Ein Frontalangriff auf Standort und Arbeitsplätze in Form von Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer ist erfolgreich abgewendet worden.“

Eine effektive Steuerreform im Sinne der Lohnabhängigen muss mehrere Bereiche der Fiskalpolitik umfassen. Deshalb fordern wir:

- **Lohnsteuerreform: Erhöhung der Freigrenze für die untersten Einkommen! Erhöhung des Spitzensteuersatzes nicht nur als symbolischer Akt!**
- **Sozialversicherung: Aufhebung der Höchstbemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge!**
- **Umsatzsteuer: Umsatzsteuerensenkung als erster Schritt zur Abschaffung aller Massensteuern!**
- **Abschaffung aller Selbstbehalte im Gesundheitswesen (Rezeptgebühr, Krankenhausselbstbehalt, Selbstbehalte für Seh- und Hörbehelfe etc.)!**
- **Freie Bildung ohne Studiengebühren, Elternbeiträge in Schulen und Schulbuchselbstbehalte!**
- **Pensionen: Rücknahme der Pensionsreform von 2004, d. h. als Durchrechnungszeitraum die besten 15 Jahre und Steigerungsbetrag wieder 2%! Senkung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen und Männer auf 60 Jahre!**

- **Unternehmens- und Vermögensbesteuerung:**
- **Körperschaftssteuer wieder rauf von 25 auf 34 %!**
- **Offenlegung der Geschäftsbücher!**
- **Komitees der Beschäftigten sollen – gegebenenfalls unter Beiziehung von ihnen verantwortlichen Buchprüfern – kontrollieren, ob Vermögenssteuern und Sozialversicherungsabgaben korrekt abgeführt werden!**
- **Enteignung angeblich unrentabler Betriebe unter Arbeiterkontrolle!**
- **Abschaffung des Stiftungsrechts und der Gruppenbesteuerung!**
- **Höhere Grundsteuer für Luxusimmobilien**
- **Einführung der Erbschaftsteuer für Vermögen über 1 Mio. EUR!**
- **Arbeit: Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden mit dem Ziel der Vollbeschäftigung!**
- **Verbot aller prekären Beschäftigungsverhältnisse wie „geringfügiger“ Beschäftigung, Werkverträgen oder Scheinselbstständigkeiten**
- **Verkehr: Nulltarif auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln!**
- **Steuerliche Begünstigungen für den Kauf von Fahrrädern!**
- **Stärkere Besteuerung von hochpreisigen motorisierten Fahrzeugen!**

Her mit der Marie!

Unter Berufung auf die jüngste Einkommensstatistik der Oesterreichischen Nationalbank berichtet das bürgerliche "WirtschaftsBlatt":

"Das Geldvermögen der österreichischen Haushalte erhöhte sich im Jahr 2014 um 2,7 % (oder 15,1 Milliarden Euro) auf 572,4 Milliarden Euro. (...) Zum Ultimo Ende 2014 war jeder fünfte Euro des Geldvermögens der privaten Haushalte entweder Bargeld oder er lag in täglich fälligen Einlagen. Damit verfügt, statistisch, jeder heimische Haushalt über ein Geldvermögen von fast 152.000 Euro. laut Statistik Austria wird die Zahl der heimischen Haushalte für 2014 im Schnitt mit 3,769 Millionen angegeben."

Also, Leute, frisch an's Werk. Wo habt ihr den Zaster versteckt? Unter der Matratze? Im Sparstrumpf? Wenn ihr ihn findet: Wir freuen uns auch über kleine Spenden für die revolutionäre Presse!



Die programmatische Grundlagen der Gruppe Klassenkampf sind eine knappe Einführung in den Marxismus. Die Broschüre kann bei den Genossen der GKK zum Preis von 2,- EUR bezogen werden.



Erklärung der internationalen Kommunisten

Vorbemerkung

Die folgende "Erklärung" ist von zwei österreichischen Genossen, Ernst Federn und Karl Fischer, sowie von Florent Galloy und Marcel Beaufrère, Mitgliedern der belgischen bzw. der französischen Sektion der IV. Internationale, unmittelbar nach der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald am 11. April 1945 verfasst worden. Ernst Federn war in den 30er Jahren Mitglied der Bolschewistisch-Leninistischen Organisation, die Teil der Bewegung für die IV. Internationale war; Karl Fischer war ein führender Kader der Revolutionären Kommunisten, die sich 1938 gegen die Gründung der IV. Internationale ausgesprochen hatten.

Als amerikanische Panzer in das befreite Lager einrückten, war eine ihrer ersten Tätigkeiten die Entwaffnung der Häftlinge und das Verbot politischer Versammlungen. Trotzdem versuchen die politischen Strömungen der Arbeiterbewegung, programmatische Dokumente vorzulegen. Die Sozialdemokraten veröffentlichen als erste eine Erklärung, die von einer "kollektiven Verantwortung" des deutschen Volkes spricht - ein Versuch, das Versagen der eigenen Führung der deutschen Arbeiterklasse anzulasten.

Die französischen Stalinisten gaben eine patriotische Erklärung heraus, in der es hieß: "Einzig die PCF ist imstande, Frankreich wieder aufzurichten und die Einheit der Franzosen herzustellen. Weil ich mein Land liebe, trete ich der PCF bei." Die Zeitung der französischen Trotzlisten La Vérité berichtet im Mai 1945: "Alte deutsche Kommunisten sind zu unseren trotzkistischen Genossen gekommen, erklärte Beaufrère nach seiner Rückkehr nach Paris, und sie haben zu ihnen gesagt: Es ist an der Zeit, ihr müßt öffentlich auftreten, und sie haben eine vorherige politische Diskussion haben wollen. Ein Text unserer deutschen Genossen, der sich für eine deutsche Sowjetrepublik aussprach, hatte bei den deutschen kommunistischen Genossen einen tiefen Widerhall, sie wollten den Kontakt zu den Trotzlisten weiterführen."

Die Befreiung des Lagers, die dank der Militärorganisation der Konzentrationslagerhäftlinge am 11. April 1945 stattfand, zwei Tage bevor die ersten US-amerikanischen Kontingente

eintrafen, hatte zunächst, wie man sich vorstellen kann, im Lager eine ungeheure Begeisterung ausgelöst. Doch die deutschen politischen Gefangenen wurden sich schnell darüber im klaren, welche Wendung die Ereignisse nahmen, und verfielen in Verzweiflung. Die US-Armee entsandte unverzüglich Panzer als Verstärkung und ließ die stark bewaffneten Milizen der Häftlinge umgehend entwaffnen. Politische Versammlungen waren verboten. Es war keinerlei Bereitswilligkeit an den Tag gelegt, die Häftlinge bald nach Hause zurückzubringen; eine große Zahl von ihnen starben, da sie am Ende ohne Versorgung geblieben waren. Die Sozialdemokraten veröffentlichten als erste eine Erklärung, in der sie vor der Welt die kollektive Verantwortung des gesamten deutschen Volkes für die Verbrechen des Hitlerregimes anerkannten. "Alte deutsche Kommunisten sind zu unseren trotzkistischen Genossen gekommen, erklärte Beaufrère nach seiner Rückkehr nach Paris, und sie haben zu ihnen gesagt: Es ist an der Zeit, ihr müßt öffentlich auftreten, und sie haben eine vorherige politische Diskussion haben wollen. Ein Text unserer deutschen Genossen, der sich für eine deutsche Sowjetrepublik aussprach, hatte bei den deutschen kommunistischen Genossen einen tiefen Widerhall, sie wollten den Kontakt zu den Trotzlisten weiterführen." (La Vérité, Paris, 11. Mai 1945.)

Unter dem Eindruck dieser Diskussionen verfasste die internationalistische Zelle der Buchenwalder Trotzlisten die folgende Erklärung, die ganz auf die Perspektive der deutschen Revolution gerichtet ist, und die jeden Chauvinismus, jede Schuldzuweisung an die deutsche Arbeiterklasse zurückweist. Eine besondere Rolle bei der Endredaktion dürfte Karl Fischer gespielt haben, der als einziger sowohl französisch und deutsch fließend beherrschte.

Wir wollen mit dem Abdruck der "Buchenwalder Erklärung" auch unsere Genossen ehren, die ausgehungert, krank, ausgegammelt nach Jahren der Lagerhaft und Folter den unbeugsamen Willen hatten, unter dem Banner des Internationalismus für den Sozialismus zu kämpfen.

Die Redaktion

Aus den Archiven des Marxismus

ernationalistischen Buchenwalds

Die Buchenwalder Erklärung

1. Die internationale Lage des Kapitalismus

Mit dem Ausgang des zweiten imperialistischen Krieges verlieren Italien, Deutschland und Japan ihre Stellung als imperialistische Großmächte, während die Frankreichs schwer erschüttert ist.

Die imperialistischen Gegensätze und Konflikte zwischen den USA und Großbritannien beherrschen die Wetterzonen der imperialistischen Weltpolitik.

Rußland trat mit Beginn dieses Weltkrieges aus seiner Isolierung heraus und steht heute vor der Aufgabe, seine militärischen Erfolge gegen die Bestrebungen der imperialistischen Siegermächte politisch und ökonomisch zu verwirklichen.

Trotz seiner ungeheuren Anstrengungen bleibt China ein Objekt der imperialistischen Großmächte, eine notwendige Folge des Sieges der chinesischen Bourgeoisie über das chinesische Proletariat. Die auf den internationalen imperialistischen Friedenskonferenzen demonstrativ hervorgekehrte Einmütigkeit soll die Massen über die immanenten Gegensätze der kapitalistischen Mächte

täuschen. Die gleichlaufenden militärischen Interessen gegen Deutschland können aber den Ausbruch der Gegensätze im alliierten Lager nicht verhindern. Zu diesen Gegensätzen kommen hinzu die unvermeidlichen Krisen und sozialen Erschütterungen der untergehenden kapitalistischen Produktionsweise.

Eine genaue Analyse der internationalen Lage mit den Methoden des Marxismus-Leninismus ist die unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche revolutionäre Politik.

2. Die internationale Lage der Arbeiterklasse

Diese Entwicklung ermöglicht dem deutschen Proletariat in kurzer Zeit aus der tiefsten Niederlage wieder aufzusteigen und sich erneut an die Spitze des europäischen Proletariats zum Kampf für die Niederwerfung des Kapitalismus zu stellen. Durch das Scheitern der Revolution in Europa isoliert, hat die russische Revolution eine Entwicklung genommen, die sie von den Interessen des europäischen und internationalen Proletariats immer mehr und mehr entfernt hat. Die Politik des "Sozialismus in einem Lande" vertrat vorerst nur die Interessen der herrschenden bürokratischen Clique und führt heute dazu, daß der russische Staat Schulter an Schulter mit

Hintergrund



Das KZ Buchenwald war eines der größten Konzentrationslager auf deutschem Boden. Es wurde zwischen Juli 1937 und April 1945 auf dem Ettersberg bei Weimar als Arbeitslager betrieben. Insgesamt waren in diesem Zeitraum etwa 250.000 Menschen aus allen Ländern Europas im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. Die Zahl der Todesopfer wird auf etwa 56.000 geschätzt, darunter 11.800 Juden. Durch einen Aufstand bei Annäherung der 3. US-Armee übernahmen am 11. April 1945 die Häftlinge die Leitung des Lagers von der abziehenden SS, nahmen 125 der Bewacher fest, öffneten die Tore und hissten die weiße Fahne. Bereits seit dem 8. April hatten viele Häftlinge durch Boykott und Sabotage ihre von den Nationalsozialisten so genannte Evakuierung verhindert und die US-Armee per Funk um Hilfe gerufen.

Quelle: Wikipedia



11. April 1945: Bewaffnete Ex-Häftlinge bewachen überwältigte SS-Männer

Marcel Beaufrère

den imperialistischen Mächten eine Politik des Nationalismus betreibt. Welche Entwicklung auch immer in Rußland eintreten mag, das internationale Proletariat muß sich frei machen von jeder Illusion über diesen Staat und sich durch eine klare marxistische Analyse zur Erkenntnis durchringen, daß die heute regierende Bürokraten- und Militärkaste ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgt und die internationale Revolution auf jede Unterstützung von seiten dieser Regierung verzichten muß.

Der vollkommene militärische, politische und ökonomische Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie eröffnet dem deutschen Proletariat den Weg zu seiner Befreiung. Um den durch die imperialistischen Gegensätze begünstigten Wiederaufstieg der deutschen Bourgeoisie zu verhindern und die Arbeitermacht zu errichten, bedarf es des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse jedes Landes gegen seine eigene Bourgeoisie. Durch die Politik der beiden internationalen Arbeiterorganisationen, die die proletarische Revolution, welche allein diesen Krieg hätte verhindern können, aktiv bekämpft und sabotiert haben, wurde die Arbeiterklasse ihrer revolutionären Führung beraubt. Die II. Internationale ist ein Instrument der Bourgeoisie. Die III. Internationale hat sich seit dem Tode Lenins zu einer Agentur der Außenpolitik der russischen Bürokratie entwickelt. Beide haben sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung dieses imperialistischen Krieges beteiligt und sind daher mitverantwortlich. Der deutschen und internationalen Arbeiterklasse die Schuld oder Mitschuld an diesem Krieg aufzubürden, heißt nichts anderes, als weiter der Bourgeoisie zu dienen.

Das Proletariat kann seine historische Aufgabe nur unter Führung einer neuen revolutionären Weltpartei erfüllen. Diese Partei zu schaffen, ist die allernächste Aufgabe der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen den Kapitalismus und seine reformistischen und stalinistischen Agenten haben sich bereits internationale revolutionäre Kader für den Aufbau dieser Weltpartei

zusammengeschlossen. Zur Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe kann es kein Ausweichen in die versöhnlichere Losung einer neuen Internationalen "2 1/2" geben. Ein solches Zwischengebilde verhindert die nötige ideologische Klärung und hemmt die revolutionäre Schlagkraft.

3. Nie wieder einen 9. November 1918!

In der bevorstehenden vorrevolutionären Periode gilt es, die werktätigen Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren und den Aufbau einer neuen revolutionären Internationale vorzubereiten, die die Einheit der Arbeiterklasse in der revolutionären Aktion verwirklichen wird.

Alle Theorien und Illusionen über einen "Volksstaat", "Volksdemokratie" haben im Verlauf der Klassenkämpfe unter der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse in die blutigsten Niederlagen geführt. Nur der unversöhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern. Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen. In diesem Kampf wird sich das zögernde Kleinbürgertum dem revolutionär vorstürmenden Proletariat anschließen, wie es uns die Geschichte der großen Revolutionen lehrt.

Um aus den kommenden Klassenkämpfen siegreich hervorzugehen, muß die deutsche Arbeiterklasse die Verwirklichung folgender Forderungen erkämpfen:

- Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit!
- Koalitionsfreiheit und sofortige Wiederherstellung aller sozialen Errungenschaften von vor 1933!
- Restlose Beseitigung aller faschistischen Organisationen!
- Beschlagnahme ihres Vermögens zugunsten der Opfer des Faschismus!

Aus den Archiven des Marxismus

Le journal des trotskystes
 qui luttent depuis 5 ans dans
 l'illégalité contre la guerre impé-
 rialiste et la terreur fasciste.

Hitler s'effondre

LES Américains approchent de Paris. La classe ouvrière doit profiter de la situation et passer à l'action pour **assurer elle-même sa libération contre le fascisme et la réaction, contre la terreur et la dictature, contre ses exploiters capitalistes.** Suivez le mot d'ordre de grève générale de la C.G.T. illégal. Déjà, les cheminots sont entrés en lutte.

VIVE LA GRÈVE DES CHEMINOTS ! SOUTENEZ-LE, comme l'ont déjà fait les métallos qui ont débarrasé dans plusieurs usines à votre travail et, partout à la fois, dans les usines, les bureaux, les chantiers, décrivez...

GRÈVE GÉNÉRALE !

Pour vos revendications : la détermination et le salaire vital, le retour aux conquêtes sociales de JUIN 36.
Pour le contrôle des cantons par le travailleur par les élus.
Pour le contrôle de la production afin qu'elle ne serve pas l'impérialisme, mais les besoins du peuple.
Pour les libertés ouvrières : le droit syndical, la reconnaissance du droit des ouvriers à former et à organiser leurs propres organisations.
Pour la libération immédiate des prisonniers politiques.
Occupez les usines et les bureaux en Juin 36 !
Ouvriers libérez les usines et occupez-les ou joignez-vous à la lutte de votre région.

Französische Troztkisten propagieren Generalstreik, Fabriksbesetzungen

- Aburteilung aller Träger des faschistischen Staates durch frei gewählte Volksgerichte!
- Auflösung der Wehrmacht und ihre Ersetzung durch Arbeitermilizen!
- Sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses!
- Trotz Ausnützung aller parlamentarischen Institutionen der Bourgeoisie für die revolutionäre Propaganda, Beibehaltung und Erweiterung der Räte!
- Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes!
- Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte!
- Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparationsschulden der Bourgeoisie!
- Die Bourgeoisie muß zahlen!
- Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands!
- Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen!
- Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa!
- Für die proletarische Weltrevolution!

20. April 1945

Die internationalistischen Kommunisten Buchenwalds (4. Internationale)

Die Gruppe Klassenkampf kontaktieren:
gruppe.klassenkampf@gmail.com

Unsere Postadresse:
 Gruppe KLASSENKAMPF
 Stiftgasse 8
 A-1070 Wien



MORT AUX BOCHES ET AUX TRAITRES Parisiens ! Debout et au combat

Repousser les appels à la lâcheté dictés par les Allemands eux-mêmes ; Mettre en action toutes les MILICES PATRIOTIQUES ; Manifestations de masse pour permettre au peuple de se mobiliser tout entier pour le combat. Tout est arme pour qui veut se battre. INSURRECTION POPULAIRE ! GRÈVE GÉNÉRALE ! Pour gagner la bataille de Paris et hâter l'heure de la délivrance totale de la Patrie

ARRIÈRE LES LACHES ET LES COMBINARDS

La bataille de Paris

par Jacques DUCLOS
 Paris est en danger et ce danger augmente à mesure que l'ennemi s'approche de la capitale. Les Allemands ont lancé une offensive massive et les Parisiens doivent se préparer à la bataille. Il est urgent de former des milices patriotiques et de mener une lutte armée pour la libération de la ville.

Métallos parisiens Aux armes

Paris est en danger et les métallos doivent prendre les armes. Les usines sont des forteresses et doivent être occupées et défendues. Les travailleurs doivent se mobiliser et participer à la lutte pour la libération de Paris.

Französische Stalinisten rufen "Tod den Piefkes" (= etwa boches) und fordern Aufbau "patriotischer" Milizen



Die nächsten Themen des Marxistischen Studienzirkels

Auf Initiative der Gruppe Klassenkampf trifft sich der **Marxistische Studienzirkel**, in dem wir grundlegende theoretische Fragen - meist an Hand aktueller Themen - behandeln und diskutieren.

Ziel des MSZ ist es aber nicht, „fertige Antworten“ zu servieren, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind vielmehr dazu aufgerufen, sich selbst durch Impulsreferate, Diskussionsbeiträge etc. schon in der Vorbereitung einzubringen. Gegebenenfalls besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit Genossen der GKK Beiträge zum MSZ vorzubereiten.

Zuletzt haben wir an vier Abenden das Thema „*Islamismus und Imperialismus*“ behandelt.

Im Sommer wollen wir unter anderem folgende Themen diskutieren:

- Das TTIP-Abkommen - was es ist und wie wir dagegen kämpfen
- Imperialismustheorie(n)
- Krisen und Krisentheorien

Nähere Informationen (Zeit, Ort, Vorbereitungsmaterialien) bei der GKK:

gruppe.klassenkampf@gmail.com

IMPRESSUM:
 Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien

Das Recycling der Schande

Der Kapitalismus bedient sich bekannter Weise einer anarchistischen Produktionsweise. Das heißt jetzt nicht, dass jeder Kapitalist machen kann, was er will. Vielmehr muss er nach Profitmaximierung streben, um im scharfen Wettbewerb bestehen zu können und nicht unter zu gehen. Nachhaltigkeit und ökologische Verantwortung sind u. a. die Schlagwörter, mit denen sich jeder Produktionsbetrieb gern schmückt.

fe. Zwei Drittel des weltweiten Elektroschrotts werden in die Halbkolonien (so bezeichnen wir formell unabhängige ehemalige Kolonien, die real jedoch in wirtschaftlicher Abhängigkeit von imperialis-

würdigen Arbeit ohne jegliche soziale Absicherung erleiden sie schwere gesundheitliche Schäden, die ihre Leben verkürzen. Oft ist es jedoch die einzige Möglichkeit, um Unterernährung zu entgehen.

Nur etwa 20 % der in die Halbkolonien gebrachten gebrauchten Elektrogeräte sind noch funktionstüchtig und können tatsächlich weiter verkauft werden. Die aus den restlichen 80 % der Elektrogeräte recycelten Rohstoffe werden wieder zurück in die imperialistischen Länder verfrachtet. Ihr Wert beläuft sich auf 48,5 Mrd. EUR. Unter den gewonnen Edelmetallen befinden sich u. a. 300 Tonnen Gold, was 11 % der Weltjahresproduktion 2013 entspricht.

Die imperialistischen Länder recyceln nur etwa ein Sechstel ihres eigenen Elektroschrotts selbst. Wie das Beispiel Elektroschrott zeigt, sind soziale und ökologische Verantwortung im Gegensatz zur Propaganda der Konzerne in der kapitalistischen Profitwirtschaft völlig irrelevante Größen.

Solange der Kapitalismus die herrschende Gesellschaftsform ist, wird er weiterhin Menschen jeden Alters dazu nötigen, ihre Arbeitskraft unter widerlichen menschenverachtenden Bedingungen zu verkaufen. Für die Profitmaximierung wird eine immer weiter gehende irreparable Zerstörung unseres Planeten in Kauf genommen. Die soziale und die ökologische Frage gehen dabei Hand in Hand und bestätigen die Richtigkeit und Aktualität des Zitats von Leo Trotzki: „Der Klassenkampf duldet keine Unterbrechung.“



Ghana: Elektroschrott vergiftet die Bevölkerung

Elektronikkonzerne stehen durchwegs in privatem Eigentum. Logischer Weise sacken die Kapitalisten auch die Milliardenprofite aus diesem Wirtschaftszweig ein. Die Kosten für die Entsorgung der immer kurzlebiger werdenden High-Tech-Produkte werden allerdings mit menschenverachtenden Methoden gedrückt.

Wie die Universität der UNO berichtet, ist der weltweit produzierte Elektroschrott 2014 im Jahresabstand um 5 % gestiegen und hat mit 41,8 Mio. Tonnen einen neuen Höchststand erreicht. Diese Müll-

menge entspricht 1,15 Mio. voll beladener Lastautos aufgereiht auf eine Länge von 23.000 Kilometern. Österreich belegt mit 22,1 Kilo Elektroschrott pro Kopf gleichauf mit den USA einen der vorderen Plätze. Die afrikanischen Länder sind mit 1,7 Kilo pro Kopf die kleinsten Verursacher von Elektroschrott. Neben wertvollen Metallen wie Kupfer, Gold oder Aluminium enthalten die ausrangierten Elektrogeräte auch gefährliche Bleiverbindungen ebenso wie Quecksilber, Kadmium, Chrom und 4.400 Tonnen die Ozonschicht gefährdende Fluorchlorkohlenwasserstoff-

stischen Staaten stehen) exportiert. Dieser als Secondhandware deklarierte Schrott wird mit der Verfrachtung in afrikanische, asiatische oder südamerikanische Länder der teuren Entsorgung im Ursprungsland entzogen. In den Mülldeponien der Halbkolonien – wie etwa dem afrikanischen Ghana – wird die Schadstoffbelastung in Luft und Boden um das 50-fache überschritten. Dort lösen meist Kinder über giftigen Feuern die Metalle aus den Kabeln der Elektrogeräte, um sie um ein paar Cent an Händler zu verkaufen. Bei dieser menschenun-

TTIP, CETA: Nordamerikanische und europäische Kapitalisten gemeinsam gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter!

Nach langem Schweigen wird jetzt auch in Österreich das geplante Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP sowie das ähnlich gestrickte Freihandelsabkommen mit Kanada thematisiert. Allerdings nicht deshalb, weil plötzlich seitens der Regierung Begeisterungstürme für Transparenz und Information ausgebrochen sind, sondern weil europaweit der Widerstand gegen dieses geheimnisumwitterte Abkommen zunimmt und die Welle des Protests auch die Alpenrepublik erreicht hat.

So kam es zu den TTIP-Verhandlungen

Die Wurzeln von TTIP gehen bis ins Jahr 1990 zurück - in die Periode, in der sich die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und deren Zerfall bereits abzeichnete. Amerikanische und europäische "Thinktanks" propagierten die Idee einer "Wirtschafts-NATO". Lobbyisten in Europa und den USA waren treibende Kräfte: Angesichts der sich im Osten auftuenden Profitmöglichkeiten wollten sich die großen Kapitalgruppen auch international neu aufstellen.

Die EU-Gremien verabschiedeten mehrmals Entschlüsse über eine Freihandelszone mit den USA: 1990, 1998, 2005. Den Beschlüssen folgten administrative Maßnahmen: 1995 wurde das "Transatlantische Dialogbündnis" geschaffen, das den Außenhandel der EU und der USA sowie die WTO beeinflussen sollte. Mitglieder dieses "Dialogbündnisses" waren unter anderem Lobbyisten von Nokia, Bayer, Ford, Monsanto, Siemens und Unilever.

2007 wurde der "Transatlantische Wirtschaftsrat" TEC gegründet, der für Freihandelszonen und Deregulierung

Stimmung machen sollte.

Im November 2011 schuf der TEC die "Highlevel Working Group on Jobs and Growth". Seine Mitglieder wurden geheim gehalten. Bald sickerte durch, dass die

präsident Barroso das Ziel einer Freihandelszone bekannt, im Juli 2013 fand die erste Verhandlungsrunde statt.

Freihandelsabkommen - nichts Neues

Freihandelsabkommen zwischen kapitalistischen Mächten sind nichts rasend Neues. Bei der WTO (Welthandelsorganisation) sind zur Zeit rund 600 regionale Freihandelsabkommen hinterlegt. Diese die-

und EU erzielen gemeinsam fast die Hälfte des Weltsozialprodukts und beherrschen ein Drittel des Weltmarktes.

Warum also jetzt die Eile bei den Verhandlungen, warum die nahezu filmreife Geheimhaltungspolitik, die selbst gewählte Mandatare der nationalen Parlamente und des Europaparlaments von den Unterlagen für die TTIP-Verhandlungen ausschließt?

Tatsächlich sind die wichtigsten Diskussionspapiere für die TTIP-Verhandlungsrunden das Ergebnis von Absprachen zwischen Lobbyisten, Konzernvertretern und kapitalistischen Interessensverbänden auf beiden Seiten des Pazifiks. Keinesfalls aber handelt es sich hier um eine "Verschwörung" multinationaler Konzerne gegen die "demokratischen" Nationalstaaten USA und den Ländern der EU. Jeder Konzern ist einem "Mutterland" verbunden, auch wenn sich das Management auf Angehörige verschiedenster Nationalitäten verteilt. Was die Konzerne aushandeln, soll ja von den nationalen Regierungen umgesetzt werden. Der wahre Grund für die extreme Geheimhaltung sind aber sicher die "nicht-tarifären" Handelshindernisse, die durch TTIP geregelt werden.

Damit sind unterschiedliche Umwelt-, Gesundheits- und Produktionsstandards gemeint, wobei - unabhängig von der Herkunft der Lobbyisten - die Tendenz prinzipiell in Richtung der Absenkung von Standards geht. Im Zusammenhang mit den geplanten



Arbeitsgruppe aus liberalen Technokraten des Unternehmerverbandes Business Europe und der Bertelsmann-Stiftung besteht.

Zur Vorbereitung der Verhandlungen mit der US-Administration über das TTIP hatte die EU-Kommission über insgesamt 130 Vorbereitungsgespräche mit Interessenvertretern, davon 120 mit Lobbyisten von Großkonzernen. Gewerkschaften oder Umweltinitiativen wurden also weitgehend ausgebootet.

Am 13. Februar 2013 geben Obama und EU-Kommissions-

nen dem Abbau von Zöllen und Handelshindernissen zwischen den Unterzeichnerstaaten und sind oft die Voraussetzung der wirtschaftlichen Integration der Vertragsstaaten.

Nun - wenn man die bereits bestehende wirtschaftliche Verflechtung zwischen den USA und Europa bedenkt, stellt sich die Frage nach dem Sinn eines neuen Freihandelsabkommens: Schon jetzt sind die USA und die europäischen imperialistischen Staaten wechselseitig die wichtigsten Investoren, USA

ten Regeln für den "Investitionsschutz" werden hier Maßnahmen vorbereitet, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie Mindest- und Tariflöhne frontal angreifen.

Knackpunkt Investitionsschutz

Investitionsschutzabkommen sind keine "Erfindung" der TTIP-Lobbyisten. Sie sind im Prinzip so alt wie der Imperialismus und haben sich in erster Linie gegen koloniale und halbkoloniale Länder gerichtet. Bis heute betreibt etwa die deutsche Bundesregierung ein eigenes Büro, das Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite steht, wenn in "Dritte-Welt-Ländern" deutsches Kapital von Enteignung bedroht ist.

Investitionsschutzabkommen besagen schlicht und einfach: Hat ein Konzern irgendwo in der Welt investiert und ändern sich die Rahmenbedingungen, so dass sich die erwarteten Profite nicht realisieren lassen, kann der Konzern das entsprechende Land klagen, um den "hochgerechneten" Gewinnentgang einzuklagen.

Ein bekanntes Beispiel ist die Schadensersatzklage von Philipp Morris gegen Uruguay: Das lateinamerikanische Land hatte 2005 strenge Anti-Rauch-Gesetze erlassen. So gilt in Lokalen ein generelles Rauchverbot, auf allen Zigarettenpackungen sind 80 % der Verpackungsfläche mit Warnhinweisen oder abschreckenden Fotos zu bedrucken und die Bezeichnungen "Mild" oder "Light" verboten. Die Wochenzeitung "Die Zeit" berichtet: "Da Philip Morris seinen internationalen Geschäftssitz in Lausanne hat, bezieht sich der Tabakriese bei seiner Klage auf ein Investitionsschutzabkommen zwi-

schen Uruguay und der Schweiz aus dem Jahre 1991. Dort ist unter anderem festgehalten, dass eine 'indirekte Enteignung' von Investoren nur dann zulässig ist, wenn sie im öffentlichen Interesse erfolgt und eine Entschädigung fällig wird. Weil der Konzern diese Voraussetzungen für nicht erfüllt hält, zerrt er den uruguayischen Staat nun vor Gericht". Die Zwei-Milliarden-Dollar-Klage ist massiv: Die Klagssumme entspricht 4 % der jährlichen Wirtschaftsleistung oder rund einem Sechstel des Staatshaushaltes Urugays.

Aber selbst zwischen Konzernen und imperialistischen "Big Players" werden mitunter die Glacéhandschuhe abgestreift, wie die Vier-Milliarden-Euro-ICSID-Klage (International Centre for Settlement of Investment Disputes - gehört zur Weltbankgruppe. Die Redaktion) des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall gegen Deutschland zeigt. Der nordische Multi wirft Deutschland vor, durch den geplanten Atomausstieg (!) die Gewinnerwartungen geschmälert zu haben.

Tatsächlich können Konzerne unter dem Schutz von zwischenstaatlichen Investitionsschutzabkommen - wenn sie es darauf anlegen - Mindestlöhne ebenso zu Fall bringen wie Umweltauflagen oder Maßnahmen gegen genmanipulierte oder schädliche Nahrungsmittel.

Weder Protektionismus noch Illusionen in einen "sozialen Kapitalismus"

In die berechtigte Sorge von Arbeiterinnen und Arbeitern vor den sozialen Folgen von TTIP, inklusive der Zerschlagung von ohnehin durch Sparmaßnahmen ausgetrock-

neten öffentlichen Gesundheitssystemen sowie der Versorgung mit Wasser und Energie mischen sich auch protektionistische und nationalistische Stimmen. Reaktionäre Parteien wie die französische Nationale Front machen mit klarer antiamerikanischer Demagogie gegen TTIP mobil. Die FPÖ kokettiert - als angebliche "Partei des kleinen Mannes" - scheinbar mit dem Widerstand vieler arbeitenden Menschen gegen das Abkommen, gleichzeitig gibt sie sich wirtschaftsliberal und erhofft sich für den "Mittelstand" Verbesserungen.

Die Hoffnung des Kleinbürgertums, die großen Konzerne durch Protektionismus zu zähmen, Nationalstaaten zu stärken und das Rad der Geschichte ins 19. Jahrhundert mit seinen Zollschränken und Schlagbäumen zurückzudrehen, ist extrem reaktionär. Das politische Programm des Protektionismus führt zu Ausländerfeindlichkeit und chauvinistischer Kriegshetze und muss mit aller Entschlossenheit bekämpft werden.

Dass der Aktionstag gegen TTIP am 18. April in Österreich massiv ausgefallen ist, lag nicht zuletzt an der Unterstützung der Proteste durch Gewerkschaften wie vida, der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten oder der PROGE. Dass sich die Gewerkschaftsbürokratie plötzlich kämpferisch gibt, ist ein Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit an der Basis - nicht nur mit den TTIP-Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen, sondern mit der generellen Undurchschaubarkeit politischer Entscheidungen in der bürgerlichen "Demokratie".

Wenn die "Produktionsgewerkschaft" auf ihrer Homepage schreibt: "Gemeinsam können wir TTIP, CETA und TiSA mit unserem Protest stoppen! Denn Handelspolitik muss demokratisch und

transparent stattfinden - im Dienste der Menschen und der Umwelt, und nicht der Konzerne. Deshalb sagen wir: TTIP - NEIN DANKE!" dann sehen wir hier die Illusionen, welche die Gewerkschaftsbürokratie in der Arbeiterklasse sät, um sie vom Kampf gegen den Kapitalismus abzuhalten. Eine Gesellschaftsordnung, in der das Profitstreben des Kapitals die Triebfeder allen Handelns ist, kann weder demokratisch noch transparent sein. Demokratisch würde bedeuten, dass die Mehrheit der Bevölkerung - also die arbeitenden Menschen - über die Wirtschaft entscheidet. Das würde aber voraussetzen, dass sie die Produktionsmittel unter ihre Kontrolle bringen. "TTIP - Nein danke" macht als Losung nur Sinn, wenn sie mit dem Aufruf zum Sturz der bestehenden kapitalistischen Ordnung verbunden ist.

Revolutionäre müssen die Bewegung gegen TTIP und CETA nützen, um die empörten Arbeiterinnen und Arbeiter und die Jugend darüber aufzuklären, dass die "undemokratischen" Verhandlungen nicht die Ausnahme, sondern die Regel im Verkehr zwischen imperialistischen Staaten sind. Sie müssen das offene und geradezu freche Auftreten der Lobbyisten nutzen, um zu zeigen, dass die nationalen Regierungen tatsächlich nichts anderes sind als die "geschäftsführenden Ausschüsse des Kapitals". Und sie müssen die Massen darüber aufklären, dass die TTIP-Verhandlungen nur das Vorspiel zu einer neuen Welle von Angriffen der bürgerlichen Regierungen - ob mit oder ohne Regierungsbeteiligung von sozialdemokratischen oder anderen reformistischen Parteien - auf ihren Lebensstandard und ihre Errungenschaften sind.

Der Kampf gegen die sogenannten "Freihandelsabkommen" kann nur dann wirksam

geführt werden, wenn er mit der Perspektive der sozialistischen Revolution, der Errichtung einer Arbeiterregierung und der Rätemacht geführt wird. Wie die Geschichte gezeigt hat: nur die revolutionäre Arbeitermacht kann die Verträge der alten herrschenden Klasse zerreißen. In einem der ersten Dekrete (Dekret über den Frieden, 26. Oktober 1917) der russischen revolu-

tionären Regierung heißt es: *“Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab, sie erklärt, dass sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volk zu führen, und wird unverzüglich darangehen, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abge-*

schlossen wurden. Alle Bestimmungen dieser Geheimverträge, soweit sie, wie es zu meist der Fall war, den Zweck hatten, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, werden von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt.”

Die “leaks” über die TTIP- und CETA-Verhandlungen beweisen heute, fast 100 Jahre danach die Aktualität dieser revolutionären Herangehensweise an die Vertragswerke, mit denen die Kapitalisten untereinander die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung regeln wollen.

Ukraine: Imperialistische Muskelspiele

Erfolgsgeschichten sehen anders aus: Die ukrainische Hauptstadt Kiew weist das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen aller europäischen Hauptstädte auf. Seit 2004 hat mit der „oranen Revolution“ ein Tauziehen um den größten zur Gänze in Europa gelegenen Staat zwischen der EU und Russland begonnen. Seit 2014 findet die Auseinandersetzung zusätzlich zur bürgerlich-demokratischen auch auf der militärischen Ebene statt.



Das berüchtigte neonazistische Asow-Bataillon, Bestandteil der ukrainischen Armee

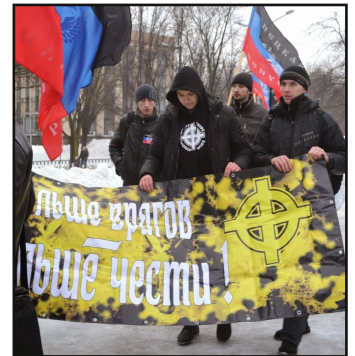
In den letzten 12 Monaten wurden lt. OSZE mehr als 6.000 Menschen bei den Kampfhandlungen in der Ukraine getötet. Es vergeht kein Tag ohne kriegerische Auseinandersetzungen in diesem Stellvertreterkrieg der imperialistischen Großmächte. Das Minsker Waffenstillstandsabkommen ist das diplomatische Deckmäntel-

chen, das den Konflikt in der Ukraine vordergründig als entschärft darstellen soll. Begleitet wird der Waffenlärm von einem von den politischen Eliten künstlich entfachten Nationalismus.

Ukrainisch und Russisch sind zwei eng verwandte Sprachen. Viele Bewohner der Ukraine sprechen beide Sprachen und haben sowohl

ukrainische als auch russische Wurzeln. Daher werden sämtliche Maßnahmen zum Zurückdrängen der russischen Sprache als befremdend empfunden. Zudem befeuern sie den russischen Nationalismus in der industriell entwickelten und mehrheitlich von Russen bewohnten Ostukraine. In der wirtschaftlich schwächeren Westukraine hoffen viele Menschen auf eine Annäherung zur EU und eine damit verbundene wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung. Die Wahlmöglichkeit zwischen dem russischen und dem EU Imperialismus ähnelt der zwischen Pest und Cholera.

Der Nationalismus ist eine wichtige Methode des Imperialismus zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse. Die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts des ukrainischen Volkes muss nicht einhergehen mit der Unterdrückung aller anderen Völker im ukrainischen Staat. Die EU freundliche Regierung in Kiew beweist – wie auch die Politik der baltischen EU Staaten – mit ihrem antirussischen Nationalismus, dass der Völkerhass Teil des imperialistischen Projekts EU ist. Wie schon die Annexion der Krim und die daraufhin er-



Russische Neonazis mit der Fahne der "Volksrepublik Donetsk" und einem faschistischen Transparent

folgte Unterdrückung der nicht-russischen Bevölkerung – insbesondere der TatarInnen – gezeigt hat, ist Russland lediglich die Kraft am anderen Ende im Tauziehen um die Ukraine, also ein anderer Player auf der Bühne des Weltimperialismus.

Der Imperialismus jeglicher Erscheinungsform ist weder in der Ukraine noch weltweit in der Lage, ein friedliches Miteinander der Völker zu gewährleisten, da das Gift des Nationalismus für ihn existenzsichernd ist. Nur eine multiethnische, kampfbereite ArbeiterInnenklasse unter der Führung einer revolutionären Partei wird den Imperialismus besiegen und zum Aufbau des Sozialismus schreiten können.

Fortsetzung von Seite 20

nischen und französischen Sympathisanten und Unterstützern.

Die internationalen bürgerlichen Medien spekulierten mittlerweile über alle möglichen Schreckensszenarien: Einstellung der griechischen Rückzahlungen an die ausländischen Banken; der „Grexit“, also der Austritt des Landes aus der Eurozone. Eine Eiszeit zwischen der Regierung Tsipras und der EU ...

Das war Wasser auf die „radikalen“ Propagandamühlen SYRIZAS - einer Partei, die als Koalition verschiedener „eurokommunistischer“, maoistischer, trotzkistischer und sozialistischer Gruppen und der Bewegung der „Empörten“ begann und erst Mitte 2013 in eine Wahlpartei umgewandelt wurde. Die „Koalition der Radikalen Linken“ ist aber alles andere als „radikal“. Wie zahlreiche andere kleinbürgerliche, nationalistische oder sogar bürgerliche Parteien in der Geschichte gibt sie sich mit ihrem Namen einen „progressiven“ Anstrich, um die Unterdrückten, Ausgebeuteten und Unzufriedenen um sich zu scharen und ihnen so Sand in die Augen zu streuen (man denke z.B. an die populistische „Vereinigte Sozialistische Partei“ der Chávezisten, welche den Rahmen des Kapitalismus in Venezuela verteidigt; die PRG [Parti radical de gauche] in Frankreich, die an die Traditionen kleinbürgerlich-republikanischer Parteien anknüpft und ein rein bürgerliches Programm vertritt...).

Das Wahlprogramm SYRIZAS versprach einen Spagat aus teilweiser Bedienung der Forderungen der ausländischen Gläubiger, einer Beendigung verschiedener Austeritätsmaßnahmen - und vor allem einer Neuverhandlung der Staatsverschuldung, ohne aber die Mitgliedschaft in der EU oder der Eurozone in Frage zu stellen. Das nach sechs Jahren harscher Spar-

politik ausgehungerte und seiner sozialen und medizinischen Grundversorgung beraubte arbeitende Volk Griechenlands war nur zu gern bereit, den Versprechungen SYRIZAS zu glauben.

Das Bündnis mit ANEL – die neue Volksfront

Dass kein wirklicher Bruch mit dem bestehenden politischen und sozialen System auf der Tagesordnung der neuen Regierung stehen würde zeigte sich spätestens, nachdem Premier Alexis Tsipras bekanntgab, dass seine



Widerstandslegende Glezos prangert Verrat von SYRIZA an

prapas bekanntgab, dass seine angebliche „radikale Linke“ in einer Koalition mit den „Unabhängigen Griechen“ (ANEL) regieren würde, deren Vorsitzender Pavos Kammenos das nicht unwichtige Verteidigungsressort überantwortet bekam.

ANEL ist eine „rechte“ Abspaltung der konservativen Neuen Demokratie des Karamanlis-Clans. Eine Partei, die als politischer Arm der orthodoxen Kirche angesehen werden kann – und diese

wiederum ist der größte steuerbefreite Grundbesitzer des Landes! In einem Land, das zwischen 1968 und 1974 eine Militärdiktatur erlebt hat, einen rechtspopulistischen, chauvinistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Politiker zum Verantwortlichen über die Armeesache zu machen, ist ein mehr als deutliches Zeichen dafür, dass Tsipras und seine engste Umgebung nur versucht, die Rettung des kapitalistischen Regimes in Griechenland mit einer anderen Rhetorik anzugehen als ihre Vorgängerregierungen. Die Versuche sogenannter „Linker“, das Bündnis zwischen SYRIZA und ANEL schönzureden,

sind mehr als entlarvend. Sie sind nur ein Beweis, dass sich diejenigen, die als Weißwäasser der Klassenkollaboration auftreten, das Wesen von Volksfronten entweder nie begriffen haben oder kein Interesse an einer eigenständigen Klassenpolitik des Proletariats haben.

Tsipras und sein umtriebiger Finanzminister Yanis Varoufakis führten eine neue Sprachregelung ein: Aus der Troika wurden die „Institutionen“, dem Memorandum das

„Übereinkommen“, und die Gläubiger wurden zu „Partnern“. Aber auch die beschönigend umgetauften Imperialisten und ihre bürokratischen Vertretungen zeigten kein Herz für die „weiche“ Politik der neuen griechischen Volksfront.

Tatsächlich konnte SYRIZA mit den Versprechungen einer Wiedereinführung eines Mindestlohnes von 751 EUR, dem Stopp der Privatisierungen, der Wiederherstellung eines funktionierenden Gesundheitswesens ... nach den Wahlen ihre Basis verbreitern. Aber als Tsipras am 21. Februar nach dem Beschluss der Eurogruppe, das sogenannte „Rettungspaket“ aus

drakonischen Sparmaßnahmen für vier weitere Monate zu verlängern, ohne das an dieses Paket gekoppelte Geld von EU und EZB loszueisen, erklärte, Griechenland „habe die Schlacht, aber nicht den Krieg“ gewonnen, konnte man das nur als Verhöhnung der Wählerbasis von SYRIZA sehen.

Als erster reagierte eine der Galeonsfiguren SYRIZAS auf das Einknicken der Regierung vor der Troika: Manolos Glezos (93), Europaabgeordneter

für SYRIZA und eine Legende des antifaschistischen Widerstandes (er hatte am 30. Mai 1941 gemeinsam mit Apostolo Sandas die Hakenkreuzfahne auf der Akropolis heruntergerissen und damit den symbolischen Auftakt zum Widerstand gegen die Nazis gesetzt) erklärte in einem Offenen Brief:

“Es (das Volk) wählte das, was die SYRIZA versprach: wir schaffen das System der Austerität ab, das allein eine Strategie der Oligarchie Deutschlands und der anderen Gläubigerländer der EU, aber auch der griechischen Oligarchie ist. Wir schaffen die Memoranden und die Troika ab, wir schaffen alle Austeritätsgesetze ab. Am Folgetag der Wahlen schaffen wir mit einem Gesetz die Troika und ihre Folgen ab.

Es ist ein Monat verstrichen und die Ankündigung ist immer noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Schade, und wieder schade. Meinerseits **BITTE ICH** das griechische Volk **UM ENTSCULDIGUNG**, weil ich bei dieser Illusion mitgewirkt habe.

Bevor jedoch das Unglück voranschreitet, lassen wir uns reagieren, bevor es zu spät ist. Allem voran sollen die Mitglieder, Freunde und Anhänger der SYRIZA in außerordentlichen Versammlungen aller Stufen der Organisation beschließen, ob sie diese Situation akzeptieren. Manche vertreten die Meinung, bei einer Vereinbarung müsse man auch selbst Zugeständnisse machen.

Zwischen Unterdrücker und Unterdrücktem kann es grundsätzlich keinen Kompromiss geben, genausowenig wie zwischen dem Sklaven und dem Eroberer, Lösung ist nur die Freiheit. Aber auch wenn wir diese Absurdität akzeptieren - die von den vorherigen Memorandums-Regierungen bereits gemachten Zugeständnisse mit der Arbeitslosigkeit, der Austerität, der Armut, den Selbstmördern ... übersteigen jede



Die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, die Jugend, die Pensionisten - alle haben die Schnauze voll von der Sparpolitik

Grenze des Nachgebens“. [die Hervorhebung durch Großschreibung im Original durch Glezos – die Redaktion]

Tsipras nahestehende Regierungsbeamte antworteten lapidar und dreist, Glezos sei wahrscheinlich über die harten Verhandlungen nicht ausreichend informiert. Womit wir bei dem nach Außen medial bestverkauften Regierungsmitglied der Volksfront sind: Yanis Varoufakis, Ökonom, Spieltheoretiker, Autor – und ehemaliger Berater des PASOK-Führers Papandreou. Kokett, wie Medienstars nun mal sind, bezeichnete sich Varoufakis in einem Interview als “erratischer Marxist”. Das deutsche Standardwörterbuch Duden klärt uns auf, was “erratisch” bedeutet: “im Schlingerkurs befindlich, abirrend, nicht stringent”. Dem kann man zustimmen – nicht aber dem “marxistischen” Selbstverständnis Varoufakis, das wohl als Zugeständnis an den “linken” Flügel von SYRIZA zu sehen ist.

Die Regierungen der mächtigen imperialistischen Mitgliedsstaaten der EU können dem bürgerlichen Lösungsansatz Varoufakis inhaltlich wenig entgegensetzen: Die Griechenland aufgezwungene

Sparpolitik hindert das Land daran, bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, aus der Krise zu gelangen. Ein Schuldenschnitt wäre eine Basis, um das Land langsam aus der Krise zu führen, wobei genügend Spielraum für soziale Zugeständnisse bliebe, um die Gefahr einer vorrevolutionären Zuspitzung der politischen Widersprüche zu vermeiden.

Die Kapitalisten wollen den Würgegriff nicht lockern

Allerdings ist es ein fataler Irrtum, der Bourgeoisie und ihren Repräsentanten zuviel Intelligenz zu zu trauen – auch wenn die herrschenden Klassen in der Regel ein ausgeprägteres Klassenbewusstsein besitzen als die Unterdrückten, ist ihr Agieren deswegen noch lange nicht immer rational.

Und im konkreten Fall geht es um deutlich mehr als um ein Land an der Peripherie der EU: Griechenland ist, wie wir mehrmals unterstrichen haben, ein Labor, in dem die europäischen und internationalen Bourgeoisien testen

konnten und können, wie weit sie mit ihren Angriffen auf die Errungenschaften und den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung gehen können. Es ist bemerkenswert, dass gerade die Regierungen jener Länder, von denen sich die SYRIZA/AN.EL-Regierung auf Grund einer ähnlichen, wengleich nicht ganz so dramatischen Lage, Unterstützung erwartet hatten, am vehementesten gegen ein Nachgeben der Troika gegenüber Griechenland auftraten: Italien, Spanien und Portugal.

Europaweit kann man feststellen: Auch wenn die 2007 begonnene Weltwirtschaftskrise überwunden ist und ein neuer Aufschwungszyklus eingeleitet ist – wobei wir uns jetzt nicht damit auseinandersetzen wollen, ob es tatsächlich schon einen realen Aufschwung gibt! - nutzen die nationalen Bourgeoisien die Erfahrungen der arbeitenden (oder langzeitarbeitslosen) Bevölkerung, um den Druck auf sie weiter zu erhöhen, die Löhne anzugreifen, die Sozialausgaben zurückzufahren, die (Lebens)Arbeitszeit hinaufzusetzen und den politischen Spielraum der Arbeiterbewegung immer mehr einzunengen. Ein „Nachgeben“ der

Troika bzw. der EU-Regierungen gegenüber Griechenland hätte die Gefahr erhöht, dass auch in den anderen krisengeschüttelten Ländern die Massen eine elektorale „linke“ Antwort gesucht hätten.

SYRIZA – eine „bürgerliche“ Partei?

Wir haben weiter oben kurz auf den Charakter von SYRIZA als einer Sammelbewegung diverser reformistischer

gerliche Formation war, das politische Werkzeug einer der beiden großen Politikerdynastien des Landes – der Papatreous, war die Vorläuferbewegung von SYRIZA, Synaspismos, mit ihren Wurzeln in der „eurokommunistischen“ KP Griechenlands (KKE-Inland) tatsächlich in werktätigen Schichten im Angestelltenmilieu und bei der Jugend verankert. In den proletarischen Industrie- und Werftarbeiterschichten dominierte hingegen klar die orthodox-stalinistische KKE.



Im April 1967 putschten die griechischen Obristen und verfolgten gnadenlos Arbeiterorganisationen und die Studentenbewegung. Auch heute ist dem reaktionären Offizierskorps nicht zu trauen ...

und zentristischer Strömungen hingewiesen. Das Anwachsen eines Bündnisses, das vor einigen Jahren bei Wahlen lediglich ein paar Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, zur ersten „linken“ Partei in der griechischen Geschichte, die eine Wählermehrheit hinter sich hat, ist ein deutliches Indiz dafür, dass die arbeitende Bevölkerung – und die arbeitslose Jugend, die Landarbeiter und Kleinbauern, die prekär Beschäftigten und Scheinselbständigen – in SYRIZA die Kraft zu erkennen glaubte, die eine politische Antwort auf ihre Probleme anbieten könne.

Während die „sozialdemokratische“ PASOK eine bür-

gerliche Formation war, das politische Werkzeug einer der beiden großen Politikerdynastien des Landes – der Papatreous, war die Vorläuferbewegung von SYRIZA, Synaspismos, mit ihren Wurzeln in der „eurokommunistischen“ KP Griechenlands (KKE-Inland) tatsächlich in werktätigen Schichten im Angestelltenmilieu und bei der Jugend verankert. In den proletarischen Industrie- und Werftarbeiterschichten dominierte hingegen klar die orthodox-stalinistische KKE.

Verschiedene sich auf den Trotzismus berufene Strömungen wie das „Internationale Komitee der IV. Internationale“ (um die Website WWSWS.org) oder die Spartacists in all ihren Variationen erklären SYRIZA taxfrei zu einer „bürgerlichen Partei“. Indem sie die bürgerliche Politik der Führung und der Parlamentsfraktion zum Maßstab machen, ignorieren sie die historische Verbindung zwischen Teilen der Arbeiterklasse und SYRIZA. Sie können daher auch keine adäquate Antwort auf die Frage geben: Welchen politischen Weg – außer der abstrakt richtigen Propagierung des Aufbaus einer revolutionären Partei – müssen

Marxisten den griechischen Arbeiterinnen und Arbeitern in einer Situation vorschlagen, da viele immer noch insgeheim hoffen, dass SYRIZA die schlimmsten Auswirkungen der Sparpolitik der Troika von ihnen abwenden kann?

32 „Generalstreiks“, das heißt, isolierte Aktionstage der Gewerkschaften – seien sie von der PASOK oder der KKE dominiert – haben die Massen, so wie es ihre reformistischen und stalinistischen Führungen erhofft haben, demobilisiert und demoralisiert. Auch wenn wir den politischen Generalstreik als eine wichtige Waffe beim Sturz einer bürgerlichen Regierung keineswegs unterschätzen müssen wir alle Illusionen bekämpfen, die im Streik das „alleinseeligmachende“ Instrument des Klassenkampfes sehen.

Auch wenn es als Reaktion auf die Krise im ganzen Land mehr oder minder starke Selbsthilfekomitees, selbstverwaltete medizinische Einrichtungen, besetzte Betriebe, Kooperativen etc. entstanden sind – diese Organisationsformen haben eher defensiven als offensiven Charakter (was sich mit der historischen Erfahrung deckt, dass es schwer ist, in einer Krise, in der das Proletariat um's nackte Überleben kämpft, die Massen für eine revolutionäre Aktion zu mobilisieren). Die Wahlurne wurde also für viele Arbeiterinnen und Arbeiter zum Instrument, ihren politischen Willen zur Veränderung zu artikulieren.

Wir vom Kollektiv Permanente Revolution (CoReP) haben in unserer Erklärung vor den Wahlen in Griechenland im Jänner erklärt:

„Keine Arbeiterin und kein Arbeiter kann für die bürgerlichen Parteien stimmen (PASOK, ND, To Potami, Goldenes Morgengrauen, ...); wenn sie oder er wählen will, kann sie/er nur für die Kandidaten der Arbeiterbewegung sein (Dimar, SYRIZA, KKE, Antars-

ya, OKDE-EP, EEK).

Wenn SYRIZA und die KKE mit ihrer und den europäischen Bourgeoisien brechen würden, würden sie den Enthusiasmus der Arbeiterklasse in Griechenland und darüber hinaus entfachen. Aber diese bürgerlichen Arbeiterparteien bereiten wieder nur neue Enttäuschungen vor und steigern so das Risiko eines militärischen und faschistischen Staatsstreiches.“

Wir haben bei den Wahlen eine klare Klassenlinie gezogen, ohne in die Falle einer exklusiven Unterstützung für SYRIZA zu gehen.

Heute schlagen wir den Arbeiterinnen und Arbeitern, die trotz des ständigen Zurückweichens der SYRIZA-Führung vor den Unverschämtheiten der internationalen Bourgeoisie immer noch Hoffnungen in diese Partei haben vor, für den Bruch von SYRIZA mit der Bourgeoisie und die Bildung einer Regierung gemeinsam mit der KKE, gestützt auf die Gewerkschaften und die bisher entstandenen Basiskomitees in den Betrieben, Stadtteilen und Dörfern, einzutreten.

- **Raus mit den bürgerlichen Ministern aus der Regierung!**
- **Bruch mit AN.EL!**
- **Für eine Regierung KKE-SYRIZA!**
- **Ausweitung der Basiskomitees!**
- **Auflösung der Sonderpolizeieinheiten und der Militärpolizei, Entwaffnung der Polizei!**
- **Bildung von Selbstverteidigungskomitees als Kern einer Arbeitermiliz!**

Die Perspektive einer solchen Arbeiterregierung würde auch die isoliert agierende, sektiererische Führung der KKE gehörig unter Druck bringen. Die ersten Maßnahmen dieser Regierung müssten folgende sein:

- **sofortige Beschlagnah-**



me des Vermögens der Reichen und Superreichen in Griechenland und, soweit das möglich ist, im Ausland;

- Schließung der in- und ausländischen Banken und Umwandlung in eine zentralisierte Staatsbank unter Arbeiterkontrolle

- Enteignung der Großgrundbesitzer, inklusive der orthodoxen Kirche

- Einführung des staatlichen Außenhandelsmonopols

- Beschlagnahme aller unter griechischer Flagge fahrenden Schiffe, Bildung von Matrosenräten

- Beschlagnahme der Wohnungen, Villen und Häuser der Steuerflüchtlinge, die sich mit ihrem Vermögen ins Ausland abgesetzt haben - Verteilung der Wohnflächen unter Obdachlosen, Bedürftigen und Asylsuchende

- Sofortige Rücknahme der Krankenhausschließungen in ganz Griechenland; Wiedererrichtung eines staatlichen Gesundheitssystems unter Arbeiterkontrolle;

- Bezahlung der ausständigen Löhne für Staatsbedienstete, insbesondere im Gesundheits- und Bildungssektor

- sofortige Offenlegung aller Rüstungskäufe der griechischen Armee in den vergangenen Jahren; Beschlagnahme aller damit lukrierten Schmiergelder; Anullierung aller laufenden Verträge, Austritt aus der NATO

- Sofortige Entlassung des Generalstabs und aller Offiziere; Aufteilung der Entlassenen auf sinnvolle staatliche Arbeitseinrich-

tungen, um die Bildung geheimer Offizierszirkel zu erschweren und sie unter Kontrolle zu halten;

- Waffen sind genug da - die Waffen in die Hände der Arbeiter

- Einführung von progressiven Vermögenssteuern

- Einseitige Streichung der „Auslandsschulden“

- Offenlegung der Geschäftsbücher der griechischen Banken und aller Verträge, Anweisungen und Drohungen mit und durch die Troika - Schluss mit der Geheimdiplomatie!

- Schluss mit der Einkerkelung, Verfolgung und Diskriminierung eingewanderter Arbeiterinnen und Arbeiter! Keine Abschiebungen, keine Hindernisse für Menschen, die vor Elend, Krieg und Hunger flüchten müssen!

Der nicht nachlassende Druck der europäischen Imperialisten auf die Volksfrontregierung in Athen begünstigt – auch innerhalb der Arbeiterklasse – das Entstehen von nationalistischen Stimmungen. Am deutlichsten manifestiert sich das im „National-Stalinismus“ der KKE, die vehement für den Austritt Griechenlands aus der EU und die Wiedereinführung der Drachme kämpft; Flankendeckung, wenngleich mit radikaleren Worten, erhält diese Politik vom zentralistischen Bündnis ANTARSYA.

Nieder mit der EU – für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Die Befürworter einer Rückkehr zur Drachme befürworten diese letztlich symbolische Maßnahme mit der Illusion, dass die „eigene Währung“ die „Wiedererringung“ der „nationalen Souveränität“ Griechenlands ermöglichen werde. Auch ein EU-Austritt wird unter diesem Blickwinkel gesehen.

Hinter dieser Vorstellung verbirgt sich der naive Glaube an einen „nationalen Ausstieg“ aus der bösen imperialistischen Umwelt, eine Liliput-Version eines „Sozialismus in einem Lande“. Zugleich ist die Schuldzuweisung an „Brüssel“ eine bewährte Methode reformistischer (vor allem aus der Krise des Stalinismus nach 1989 entstandenen) Kräfte, die damit ihre eigene Bourgeoisie aus der Schusslinie der Kritik nehmen.

Wer heute in Griechenland einer „nationalen“ Antwort auf die Krise das Wort redet, macht sich zum Wegbereiter der Faschisten des Goldenen Morgengrauens, In Sachen Nationalismus sind die Nazis nicht zu toppen, und sie warten nur darauf, diese giftverseuchte Ernte verwirrt „Linken“ einzubringen.

Allen Rettungsversuchen zum Trotz steht die EU heute am Rande des Abgrunds. Egal, wie hart die Linie ist, welche vor allem die deutschen und französischen Imperialisten der werktätigen

Bevölkerung aufzwingen wollen – die griechische Krise, der Bürgerkrieg in der Ukraine und die Verhandlungen um das transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen TTIP zeigen, dass die aus ideologischen Gründen verbreitete Propagandalüge von der „fortschreitenden Integration Europas“ vor dem Platzen steht.

Dem Nationalismus überall entgegen zu treten ist heute eine der wesentlichsten und schwierigsten Aufgaben für revolutionäre Marxisten. Bezüglich Griechenland bedeutet das, der herrschenden Medienberichterstattung über die „Krisengriechen“ entgegen zu treten, die Entlarvung der Rettung der imperialistischen Investitionen auf dem Rücken der griechischen Arbeiterinnen und Arbeiter, der Migrantinnen und Migranten, der Jugend ...

Unsere Alternative ist nicht „Grexit“ oder Troika – unsere Alternative ist der Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Eine Lösung der kapitalistischen Krise ist im Kapitalismus selbst unmöglich - „wer den Sozialismus fürchtet, kann nicht vorwärts gehen“, sagte Lenin ganz richtig.

Vor uns stehen gewaltige Herausforderungen. Spontan kann es zu Protesten und Revolten kommen – siegen können wir nur, wenn wir organisiert sind, wenn wir der immer aggressiveren Klassenmacht der herrschenden Klasse unsere Organisation, unsere (aufzubauende) revolutionäre Partei entgegensetzen können, national wie international.

Griechenland: Nur eine Arbeiterregierung kann das Land aus der Krise führen Für die Vereinigten Sozialisti- schen Staaten von Europa



Keine Berührungsängste: Patriarch Vartholomaios

Der Wahlsieg von Syriza am 25. Jänner 2015 wirkte - zumindest in den Medien und bei reformistischen und zentristischen Kreisen - weltweit wie ein Donnerschlag. Vergleiche mit dem Wahlsieg der "Union de la Gauche" [Einheit der Linken] in Frankreich (1981) wurden ebenso gezogen wie mit dem der Unidad Popular [Volkseinheit] in Chile 1970. Beide Wahlen beendeten einen Zyklus von Klassenkämpfen, der tendenziell eine revolutionäre Dynamik annehmen hätte können und band die Arbeiterklasse und die anderen unterdrückten Schichten durch Volksfrontregierungen an Teile der "fortschrittlichen" Bourgeoisie, die aber im Interesse des Gesamtkapitalismus handelte; beide Regierungen leiteten so Niederlagen ein.

Was die reformistischen Kräfte (vor allem jene, die aus der Krise des Stalinismus hervorgegangen sind) so begeisterte - der Wahlsieg von SYRIZA und die Bildung einer

Koalitionsregierung mit AN-EL, den "Unabhängigen Griechen" - zeigte schon am 26. Jänner, dass die Vergleiche mit vorhergehenden Volksfronten, also Regierungs-

bündnissen von Parteien, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen waren, und offen bürgerlichen Regierungen, absolut gerechtfertigt waren. Parlamentarische

Kombinationen mit einer reaktionären, chauvinistischen und antisemitischen Partei, welche als verlängerter Arm der orthodoxen Kirche agiert, wurden heruntergespielt.

SYRIZA – eine "radikale" Kraft?

Entscheidend sind aber nicht die strategischen Winkelzüge der reformistischen Führer von SYRIZA. Entscheidend ist die Frage, was dieses Wahlergebnis für die unabhängige Organisation der griechischen Arbeiterinnen und Arbeiter, der Jugend, der Kleinbauern ... bedeutet.

Tatsächlich war der erste Reflex auf das Wahlergebnis die Hoffnung darauf, dass endlich eine Regierung am Ruder wäre, die es "der Troika, den Bankern und den Reichen" zeigen würde. Augenzeugenberichte von Genossen aus Athen relativieren aber die Jubelberichterstattung aus der SYRIZA-Zentrale: Bei der großen Siegesfeier in Athen am Abend des 25. 1. mobilisierte die Partei gerade rund 15.000 Menschen, unter ihnen sehr viele Funktionäre und starke Kontingente von italie-

weiter auf Seite 16